



An

**die Bundesministerin für EU und Verfassung Mag. Karoline Edtstadler,
die Bundesministerin für Justiz Dr. Alma Zadić, LL.M.,
die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration & Medien M.Mag. Dr. Susanne Raab**

An den Herrn Bundeskanzler,
An den Herrn Vizekanzler,
An alle im Parlament vertretenen Parteien

nachrichtlich:

An den Herrn Bundespräsidenten

ÖFFENTLICHER APPELL – URGENZ!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Edtstadler,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin Raab,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin Zadić,

Das erste Quartal ist vorbei – Ergebnisse fehlen.

Das *Rechtsstaat & Antikorrupsionsvolksbegehren* mit seinen 12 namhaften Proponentinnen und Proponenten, in einer ALLIANZ GEGEN KORRUPTION gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen und thematisch assoziierten Organisationen **Greenpeace** Österreich, **Amnesty International** Österreich, **Saubere Hände**, **Institut für Interne Revision (IIA-Austria)**, **Presseclub Concordia**, **#aufstehn**, **Demokratiestiftung** (Gründungsverein), **Reporter ohne Grenzen** Österreich, **Österreichische Liga für Menschenrechte**, **BürgerInnen Forum Europa**, **Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte**, **Transitforum Austria-Tirol** sowie **Forum Informationsfreiheit** haben anlässlich des Welt-Antikorrupsionstages am 09. Dezember und infolge der zahlreichen, mehr als fragwürdigen jüngsten Missstände einen **ÖFFENTLICHEN APPELL** an Sie gerichtet, „die Korruptionsbekämpfung [...] zu einem der zentralen und parteienübergreifenden Ziele [...] zu machen und darüber gegenüber der Bevölkerung [...] Rechenschaft abzulegen. Erste Ergebnisse soll[t]en bereits im 1. Quartal 2022, danach mindestens halbjährlich vorgelegt werden.“

Das erste Quartal ist vorbei – Ergebnisse fehlen.

An politischen Ankündigungen und Versprechen hat es nicht gemangelt. Die Bundesministerin für EU und Verfassung, Mag. Karoline Edtstadler, hat bereits am 08. Juli 2020 (sic!) im Nationalrat einen „*baldigen Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz*“ angekündigt¹ und dieses ihr zumindest angekündigte Engagement seitdem vielfach, u.a. wieder am 04. November 2021 in einer OTS-Presseaussendung bekräftigt². Frau Bundesministerin für Justiz Dr. Alma Zadić hat in einer APA-Aussendung vom 02. Jänner 2022 erneut versichert, die „*Lücken im Korruptionsstrafrecht bald zu schließen*“, und sie kündigt „für das erste Quartal [sic!] den Entwurf zur Nachschärfung des

¹ https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK0768/

² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211104_OTS0178/edtstadler-bekraeftigt-ihr-engagement-fuer-die-verabschiedung-eines-informationsfreiheitsgesetzes



Korruptionsstrafrechts“ an³. Frau Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration & Medien MMag. Dr. Susanne Raab ihrerseits hat am 12. Jänner d.J. einen „*Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Neuorganisation der Medienförderung*“ angekündigt⁴ und dies etwa im KURIER vom 13. Jänner mit der Forderung nach „*strengerer Kriterien bei der Inseratenvergabe*“ sowie einem „*höchstmögliche[n] Maß an Transparenz und Nachvollziehbarkeit*“ bekräftigt⁵.

Ankündigungen und Zusagen gab und gibt es also mehr als zuhauf – allein, **zu keinem** der Themenpakete **liegen parlamentarische bzw. begutachtungsreife Entwürfe vor**.

Anerkannte Institutionen, wie der Europarat oder die Europäische Union, aber desgleichen viele andere internationale Beobachter haben Österreich deswegen erst jüngst zum Teil vernichtende Testate und Urteile ausgestellt und gravierenden Nachholbedarf in essenziellen Punkten attestiert. Aber noch viel schlimmer: Der aktuelle Österreichische Demokratiemonitor⁶ ist mit „**Warnsignale erkennen**“ überschrieben. Laut seiner jüngsten Erhebung aus dem Dezember „*sind rund 90% der Menschen davon überzeugt, dass die österreichische Politik ein Korruptionsproblem hat.*“ **In Worten: neunzig Prozent (sic) der Bevölkerung!**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Edstadler, sehr geehrte Frau Bundesministerin Raab und sehr geehrte Frau Bundesministerin Zadić, es liegt insbesondere auch an Ihnen, als fachzuständige Ministerinnen, hier endlich konkrete Maßnahmen zu setzen und dringendst nötige Verbesserungen umgehend herbeizuführen.

Wir urgieren daher eindringlich unseren Öffentlichen Appell an Sie, an alle Regierungsmitglieder sowie an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 72 Forderungen und Vorschläge des *Rechtsstaat und Antikorruptionsvolksbegehren* im jeweiligen Verantwortungsbereich **ohne weiteren Verzug, vollinhaltlich und glaubwürdig** umzusetzen.

Wir fordern erneut, **die Korruptionsbekämpfung für die nächsten drei Jahre zu einem der zentralen und parteienübergreifenden Ziele**, insbesondere der Exekutive und der Legislative, zu machen und darüber gegenüber der Bevölkerung, institutionell und individuell, entsprechende Rechenschaft abzulegen. Die Ergebnisse werden wir mit Ende des 2. Quartals 2022 erneut abfragen. Jedenfalls laden wir Sie dazu ein, die Bevölkerung mindestens halbjährlich über die Maßnahmen zur **Stärkung des Rechtsstaates** und zur **Bekämpfung der Korruption** in Österreich aktiv zu informieren. Es ist mehr als Zeit, die Ankündigungspolitik in konkrete Umsetzungen zu übersetzen!

Wien, am 04. April 2022

Die Proponentinnen und Proponenten
des *Rechtsstaat & Antikorruptionsvolksbegehren*
gemeinsam für die ALLIANZ GEGEN KORRUPTION

Beilage: Öffentlicher Appell vom 09. Dezember 2022

³ APA0011 5 II 0582 CI vom 02. Jänner 2022

⁴ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/01/medienministerin-raab-mehr-transparenz-und-bessere-nachvollziehbarkeit-bei-medienfoerderung-und-inseratenvergabe.html>

⁵ <https://kurier.at/kultur/medien/susanne-raab-will-inseratenvergabe-neu-aufsetzen/401869469>

⁶ <https://www.demokratiemonitor.at/>

An
den Gesetzgeber der Republik Österreich,
alle im Parlament vertretenen Parteien,
An den Bundeskanzler, den Vizekanzler,
die (jeweilige) Bundesregierung der Republik Österreich,
sowie Entscheidungsträger/-innen der Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

nachrichtlich:
An den Herrn Bundespräsidenten

Öffentlicher Appell

Korruption ist kriminell, unmoralisch und ein schwerwiegender Betrug am öffentlichen Vertrauen (UNGS António Guterres, 2020). Korruption ist die Antithese zu den Menschenrechten, Gift für den Rechtsstaat, für Prosperität und nachhaltige Entwicklung, ist das Gegenteil von Fairness und Gleichheit (UN SDG Summit, 2015). Korruption unterminiert die Demokratie, unterhöhlt den Sozialvertrag, kontaminiert Natur und Klima, untergräbt unabhängige Medien und Kontrolleinrichtungen, sabotiert den Wirtschaftsstandort und die Zivilgesellschaft, treibt die Politikverdrossenheit.

Unser Land hat in seiner jüngeren und längeren Geschichte (viele Verdachtslagen von) systemischer Korruption, von illegaler Postenschacherei, von Bau- und Bankenskandalen, von wahlbeeinflussenden Umfragemanipulationen, grassierender Inseratenkorruption, manipulierten Ausschreibungen sowie von Angriffen auf Ermittlungsbehörden und Kontrollinstanzen erdulden müssen.

Anerkannte Institutionen, wie der Europarat oder die Europäische Union, aber auch viele andere internationale Beobachter haben Österreich deswegen erst jüngst zum Teil vernichtende Testate und Urteile ausgestellt und gravierenden Nachholbedarf in essenziellen Punkten attestiert.

Es ist genug – so wollen wir nicht sein!

Wir haben daher mit heutigem Tag diese breite Allianz gegen Korruption gebildet und richten anlässlich des Welt-Antikorruptionstages am 09. Dezember einen eindringlichen Appell an alle Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen der Gesellschaft, insbesondere aber an *alle* Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie alle Vertreterinnen und Vertreter *aller* im Parlament vertretenen Parteien, die Forderungen und Vorschläge des *Rechtsstaat und Antikorruptionsvolksbegehren* im jeweiligen Verantwortungsbereich **ohne weiteren Verzug, vollinhaltlich und glaubwürdig umzusetzen.**

Des Weiteren fordern wir, die Korruptionsbekämpfung für die nächsten drei Jahre zu einem der zentralen und parteienübergreifenden Ziele, insbesondere der Exekutive und der Legislative, zu machen und darüber gegenüber der Bevölkerung, institutionell und individuell, entsprechende Rechenschaft abzulegen. Erste Ergebnisse sollen bereits im 1. Quartal 2022, danach mindestens halbjährlich vorgelegt werden.

Wien, zum 09. Dezember 2021

Die wie folgt unterzeichnenden Organisationen und Initiativen:

Für das Rechtsstaat &
Antikorruptionsvolksbegehren

(Mag. Martin Kreutner, MSc)

Für Greenpeace Österreich

(Mag. Alexander Egit)

Für Amnesty International
Österreich

(Mag. Annemarie Schlack)

Für Saubere Hände

(Mag. Ursula Bittner, MBA)

Für das Institut für Interne
Revision (IAA – Austria)

(Mag. Gottfried Berger)

Für den Presseclub Concordia

(Dr. Daniela Kraus)

Für #aufstehn

(MMag. Maria Mayrhofer)

Für die Demokratiestiftung
(Gründungsverein)

(Mag. Josef Barth)

Für Reporter ohne Grenzen
Österreich

(Dr. Rubina Möhring)

Für die Österreichische Liga für
Menschenrechte

(Mag. Angelika Watzl)

Für das BürgerInnen Forum Europa

(Dr. Othmar Karas)

Für das Wiener Forum für Demokratie
und Menschenrechte

(Dr. Maria Berger)

Für das Transitforum Austria-Tirol

(Fritz Gurgiser)